

WiR im BRH-BW

Wissen im Ruhestand

Der elektronische Informationsdienst Bund der Ruhestandsbeamten BW

Ausgabe 05 vom 27.10.2008

Aus dem Inhalt:

- 01 BRH: Rentenanpassung dringend geboten**
- 02 Zweifel über die Wirtschaftsordnung**
- 03 Rentengelder bei Lehman Brothers angelegt**
- 04 Raffelhüschen: 2,75 Prozent mehr Rente für 2009 sind „dumm“**
- 05 Rentner durch Gesundheitsfonds benachteiligt**
- 06 Kommunen bangen um Geld**
- 07 Heftige Kritik an der Privatisierung**
- 08 Keine BahnCard 25 für Senioren**

01 BRH: Rentenanpassung dringend geboten

Der Widerspruch aus Wirtschaftskreisen gegen die vorgesehene Rentenanpassung um 2,75 Prozent im Juli 2009 ist ein weiterer Versuch, das Rentensystem in Misskredit zu bringen, nachdem die Versuche, die Umstellung auf die Kapitaldeckung zu erreichen, jämmerlich gescheitert sind. Der Vorsitzende des Seniorenverbandes BRH (Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen), Dr. Herbert Bartsch, hat die Politik aufgefordert, diesen durchsichtigen Bemühungen zu widerstehen. Die gesetzliche Rente solle offenbar derart verringert werden, bis jedes Vertrauen in das System verloren gegangen ist.

Jahrelang sei versucht worden, die Rente schlecht zu reden. Gleichzeitig wurde den Menschen empfohlen, durch Erwerb von Aktien und Zertifikaten für das Alter vorzusorgen. Dieses ganze Denkbauwerk sei jetzt jämmerlich in sich zusammengefallen. Die Pensionsfonds, die es in den USA und Großbritannien gibt, haben die Finanzkrise durch ihren Renditehunger wesentlich mit verursacht. Jetzt haben sie schwere Verluste hinnehmen müssen und die älteren Menschen bangen um ihre Altersversorgung.

Die deutschen Rentner haben in den letzten Jahren erhebliche Verluste erlitten. Anpassungen hat es nicht gegeben, gleichzeitig sind die Preise teilweise drastisch gestiegen. Die Gesundheitsreform wird die Rentner mehr als andere Gruppen zusätzlich belasten, zumal sie von der beabsichtigten Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung nicht profitieren, erklärte der BRH-Bundesvorsitzende. Deshalb sei die bescheidene Anpassung dringend geboten.

02 Zweifel über die Wirtschaftsordnung

Das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft hat in der Bevölkerung schwer gelitten, ergibt eine neue Umfrage aus Allensbach. Die fundamentale Wirtschaftskritik von links findet breite Unterstützung. 74 Prozent stimmen der Feststellung zu, dass Konzerne Riesengewinne machen und gleichzeitig Arbeitnehmer entlassen, was mit dem Grundgesetz nicht übereinstimmt. 50 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass riesige Vermögen in Familienunternehmen grundgesetzwidrig zustande gekommen sind. Nur zu deutlich zeige die Krise, so heißt es in dem Bericht, dass freiheitliche Systeme vor allem von denen diskreditiert und damit unterminiert werden, die Freiheitsräume überdehnen und missbrauchen. Unter den Älteren gibt es große Besorgnis um die Altersversorgung.

03 Rentengelder bei Lehman Brothers angelegt

44,5 Millionen Euro soll ein Rentenversicherungsträger bei Lehman Brothers angelegt haben. Auch die Unfallversicherung hat, so heißt es, 57,55 Millionen Euro bei dem inzwischen insolventen Bankhaus in New York investiert. Ob das Geld verloren ist, steht noch nicht fest.

04 Raffelhüschen: 2,75 Prozent mehr Rente für 2009 sind „dumm“

Die Rentner können für den Juli 2009 mit einer Anpassung ihrer Renten in Höhe von 2,75 Prozent rechnen. Das käme punktgenau zur Bundestagswahl im September. Das Bundesarbeitsministerium hat bestätigt, dass sich Löhne und Gehälter 2008 positiver als im Vorjahr entwickelt haben. "Davon sollen und werden auch die Rentner profitieren", erklärte ein Sprecher.

Nach Ansicht des Freiburger Ökonomeprofessor Bernd Raffelhüschen wäre eine solche Erhöhung überhöht. Es sei notwendig, den Anstieg zu reduzieren. "Es ist doppelt dumm, den Rentnern ausgerechnet im Wirtschaftsabschwung ein Geschenk zu machen", sagte Raffelhüschen, der seit Jahren die Vorzüge der Kapitaldeckung preist, in einem Zeitungsinterview.

05 Rentner durch Gesundheitsfonds benachteiligt

Über 90 Prozent der Kassenmitglieder müssen damit rechnen, dass sie im nächsten Jahr, wenn der Beitrag für alle Versicherten auf 15,5 Prozent steigt, mehr für ihre Krankenversicherung zahlen müssen. Das belastet vor allem die Rentner, stellt der BRH in einem Schreiben an die Bundesregierung fest. Bei den Erwerbstätigen wird die Erhöhung abgefedert, weil gleichzeitig der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung sinken soll, wovon die Rentner nichts haben. Gleiches gilt für die Absicht, das Steuerrecht so zu ändern, dass die Beiträge zur Krankenversicherung voll absetzbar sind. Der BRH hat weiter darauf hingewiesen, dass vor allem die Rentner mit Betriebsrente benachteiligt werden, weil sie den Krankenversicherungsbeitrag für alle Altersbezüge, die nicht gesetzliche Rente sind, allein tragen müssen.

06 Kommunen bangen um Geld

Kommunen bangen um das Geld, das sie bei Lehman Brothers angelegt haben. Die Bank, die inzwischen insolvent ist, hat mit besonders guten Zinssätzen geworben. Die Stadt Frankfurt soll 95 Millionen €, Freiburg 47 Millionen € eingezahlt haben. Für den Kreis Euskirchen ist von 35, für den Kreis Frechen von 5 Millionen € die Rede.

Andere Kommunen zittern um die Leasingverträge, mit denen sie ihre Anlagen verkauft und anschließend für bis zu 99 Jahre gemietet haben. Die überaus komplizierten Konstruktionen sind meist mit amerikanischen "Investoren" geschlossen worden, nicht zuletzt mit dem größten amerikanischen Versicherungsunternehmen AIG, das vom amerikanischen Steuerzahler gestützt werden musste. Das Land Berlin beispielsweise hat seine U-Bahn-Anlagen und die Straßenbahnen verkauft und zurückgemietet, die Stadt Köln ist ähnlich verfahren mit ihrer Kanalisation, Gelsenkirchen mit seinen Schulen. Die bis zu 1000 Seiten starken Verträge seien, so heißt es in Presseberichten, in Einzelfällen nicht einmal ins Deutsche übersetzt worden. Jetzt tragen die Kommunen erhebliche Risiken.

07 Heftige Kritik an der Privatisierung

Ein führender deutscher Rechtsprofessor hat sich nachdrücklich gegen die weitere Privatisierung öffentlicher Leistungen ausgesprochen. In einem Aufsatz in der "Frankfurter Allgemeinen" bezeichnet der Freiburger Zivilrechtler Professor Dr. Rolf Stürner die Privatisierung, die jahrelang von einer "mächtigen Zeitströmung" betrieben worden sei, als gravierenden Fehler. "Es war falsch, unter dem Motto der ‚Aktionärsdemokratie‘ wirtschaftliche Verflechtungen der ‚Deutschland AG‘ generell anzufinden. ...Die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, verbunden mit einem Rückzug des Staates auf bloße Gewährleistung von Rahmenbedingungen, sollte man nicht weiter als Königsweg betrachten und deshalb in vielen Bereichen, zum Beispiel im Gesundheits- und Bildungswesen sowie bei infrastrukturellen Maßnahmen" nicht weiter fördern. Soweit die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof "gegen den Willen nationaler Gesetzgebung" marktpuristisch handeln wollten, sei „ihnen voller politischer Widerstand entgegenzusetzen". Zu lange habe der deutsche Gesetzgeber "die Rezepte neoliberaler amerikanischer Modelle", die in der Finanzkrise jetzt teilweise ihr Canaen erleben, reproduziert. Jetzt seien amerikanische Wirtschaftsprofessoren damit beschäftigt, der Öffentlich-

keit zu erläutern, warum ihre Modelle in der Wirklichkeit versagt hätten. Auch der heutige Bundespräsident wird von Stürmer kritisiert. Er habe als Direktor des Internationalen Währungsfonds unverhohlen die Privatisierung gefordert.

08 Keine BahnCard 25 für Senioren

Die Deutsche Bahn (DB) wird nun doch keine verbilligte BahnCard 25 für Senioren anbieten. Vor einem Monat hatte die DB einen generellen Servicezuschlag für alle Kunden angekündigt, die das Ticket am Schalter und nicht am Automaten kaufen. Dagegen hatte sich Protest erhoben, nicht zuletzt auch vom BRH, der darauf verwies, dass diese Maßnahme insbesondere ältere Menschen belasten würde. Von der Bahn hieß es dagegen, durch die verbilligte Seniorencard werde ein Ausgleich zum Servicezuschlag geschaffen. Nachdem die DB inzwischen ihre Pläne für den Zuschlag fallen lassen musste, sieht sie offenbar auch keinen Anlass mehr, Senioren zu begünstigen.

Die Ausgabe erscheint wöchentlich